

eine Bemerkung macht, ruft der Sozialist Simon Rehnau: „Die Vorherrschaft sollen schweigen!“ Es entsetzt ein ungeheurer Tumult, die Diener müssen eingreifen, um Handgreiflichkeiten zu vermeiden. Als Rehnau erklärt, er habe von dem Brechen wollen, was sich während des Krieges ereignet habe, bringen viele Abgeordnete der Rechten auf die Ministerbank vor und schreien: Kollet! Kollet! In diesem Augenblick hebt der Kammerpräsident die Sitzung auf. Damit ist der Tumult jedoch noch nicht beendet. Erst als Rehnau sich entschuldigt, kehrt allmählich die Ruhe wieder, so daß der Kammerpräsident die Sitzung wieder eröffnen kann. Am Herriot Gelegenheit zu geben, seine Rede fortzusetzen.

Paris, 20. Juni. Die Kammer beendet heute Nacht die Debatte über die Regierungserklärung. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten Herriot wurden von der Linken mit größtem Beifall aufgenommen und von den Anhängern der alten Regierung wiederholt von Gegenüberungen unterbrochen, die sich zeitweise zu ungeheuren Tumulten steigerten. Schließlich gelangte die vom Blok der Linken vorgeschlagene Tagesordnung mit 313 gegen 234 Stimmen zur Annahme, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt und folgenden Wortlaut hat: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung im Vertrauen darauf, daß sie die durch das allgemeine Stimmrecht am 11. Mai beschlossene Politik durchführen wird, lehnt jede weitere Einzelfügung ab und geht zur Tagesordnung über.

Der Fall Matteotti.

Gespinnnte Lage in Italien.

Die „Nat. Ztg.“ meldet aus Rom: Die politische Lage hat sich durch die Gegendemonstration der Kommunisten und Sozialisten in den letzten 48 Stunden merklich verschärft. Die Nationalmiliz in ganz Italien hat den Einberufungsbesehl erhalten.

Festige Erregung in Rom.

Aus Rom wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ gemeldet: Die Erregung in Rom hat eine Ausdehnung angenommen, wie sie niemand erwartet hat. Gegen Mussolini wiederholen sich die Kundgebungen. Man sieht vor seinem Palais starke Abteilungen Karabinerie. Die Sozialisten erklären, bevor nicht die Tat gesühnt sei, an keiner Sitzung des Parlaments teilzunehmen. Mittwoch nachmittag sah man in Rom die ersten Demonstrationen der Sozialisten, die jedoch von Karabiniers mit der blanken Waffe auseinandergetrieben wurden.

Zusammenströmen der Nationalmiliz in Rom.

Aus allen Teilen Italiens strömt die faschistische Nationalmiliz nach Rom zusammen. Auf dem Corso ziehen die faschistischen Sturmtruppen mit Fahnen und Musik auf und ab. Die Regierung erklärt dazu in einem Kommuniqué, daß die Miliz nach Rom berufen worden sei, um bei der Ankunft des Prinzen Tafari Spalier zu bilden. Sie werden nach besten Willen die Hauptstadt wieder verlassen. Minister Federzoni hat das Ministerium des Innern übernommen und dabei in einer Rede die Beamten zur hingebungsvollen Mitarbeit aufgefordert, wobei er sich als treuer Interpret Mussolinis bekannte.

Das Geständnis der Mörder.

Der verhaftete Filippelli hat das erste Geständnis gemacht und dadurch dem Untersuchungsrichter viele Anhaltspunkte gegeben. Filippelli hat wiederholt Weinkrämpfe und ist sehr niedergeschlagen. Sein Vermögen in Mailand wurde beschlagnahmt. Auch Dumini erklärte die indirekte Teilnahme an dem Verbrechen, als ihm das in seiner Tasche gefundene blutige Messer gezeigt wurde.

Falsche Hoffnungen der Kriegsanleihepekulanten.

Auf dem Kriegsanleihemarkt herrscht eine Hauffstimmung. Man will gehört haben, daß in Regierungskreisen die Aufwertung der öffentlichen Anleihe neuerdings wieder erwogen werde, und die Spekulation sucht bereits die Vorteile, die sich daraus für den Kurs der Kriegsanleihe ergeben vorwegzunehmen. Die Gerüchte der Börse, die im Publikum eine ähnliche Resonanz hervorgerufen wie sie sich in den Börsenbörsen bemerkbar macht, gehen wohl in der Hauptsache auf eine Bemerkung zurück, die der Außenminister Dr. Stresemann am vergangenen Sonntag in seiner Karlsruher Rede machte, wo er erklärte, daß, wenn die Leistungen Deutschlands feststünden, von einem beginnenden Uebergang des Staats auch Summen eingestellt werden müßten für eine Wiedergutmachung für das, was an Ansprüchen an den Staat verlorengegangen sei.

Zur Aufklärung des an den Kriegsanleihen interessierten Publikums ist aber darauf hinzuweisen, daß bis jetzt wenn auch im Kabinett die Ansicht über die Aufwertungsfrage nach wie vor nicht einheitlich zu sein scheint. Der Finanzminister Dr. Luther ebenso wie der Reichszentraler Marx entschieden daran festhalten, daß vorläufig in absehbarer Zeit eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen, besonders der Reichsanleihen ganz unmöglich sei und daß, wie es in der dritten Steuernotverordnung festgelegt ist, die Verzinsung und Einlösung von Papiermarkenanleihen des Reiches und der Länder „bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen“ nicht gefordert werden kann. Selbstverständlich ist damit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der neue Reichstag in der Aufwertungsfrage zu anderen Beschlüssen kommt.

Evangelischer Kirchentag.

Die Verhandlungen des Kirchentages errichteten ihren Höhepunkt und einen über die Kreise der Kirche hinaus reichende öffentliche Bedeutung durch eine Aussprache über die sozialen Gegenwartsfragen, zu denen der Kirchentag als Wortführer des deutschen Protestantismus in einer Kundgebung an das deutsche evangelische Volk Stellung nahm.

Diese Kundgebung stellt fest, daß eine Stunde der Entscheidung in der Erneuerung des Volkslebens gekommen ist. Sie tritt ein für die Heiligkeit der Ehe, die Stär-

kung der schwer gefährdeten Familie und gegen die Vergiftung der Jugend am Arde. Als ein Zeichen beginnender Wiedergeburt begrüßt sie, daß in der Jugendwelt eine Bewegung gegen Verwahrlosung, seelische Verdrängung und stütsche Verlotterung eingesetzt hat. Zum Schluß wendet sie sich der Verschärfung der sozialen Gegensätze zu und erklärt: „Wir haben volles Verständnis für die ähere und innere Not der Arbeiterschaft. Sie darf die Mitverantwortung für das Volksganze, dem sie als wichtiges, gleichberechtigtes Glied angehört, nicht vergessen. Aber auch von falschen Schlagworten sollte sie sich endlich freimachen, wie von denen, daß das Christentum eine Partei- oder Klassenfrage sei. Dem Arbeitgeber aller Art legt die größere wirtschaftliche Macht, die sie in Händen haben, um so größere Verantwortung auf. Ist auch ihre Lage angesichts der obwaltenden Verhältnisse vielfach schwierig, so ist es doch eine stütsche Pflicht für sie, nicht eine Ausnutzung ihrer Macht wirtschaftlich Schwächeren gegenüber zu üben, vielmehr Opfer zu bringen, um nicht ohne Not Arbeiter brotlos werden zu lassen, die Arbeitszeit herauszusehen oder den Lohn herabzubringen.“

Nach kurzer Debatte, in der u. a. die Arbeitersekretäre Martin und Springer sowie Universitätsprofessor Rade-Margburg und die Reichstagsabgeordnete Frau Paula Müller-Driesch sprachen, wurde diese Kundgebung einstimmig angenommen.

Noch 1579 Deutsche in belgischen und französischen Kertern. Nach einer dieser Tage verbreiteten Meldung der Agence Havas sollen nur noch 58 Deutsche im besetzten Gebiet gefangen gehalten werden. Demgegenüber erfahren die Blätter von gutunterrichteter Seite, daß sich in den Gefängnissen der französischen Zone immer noch 1457 und in denen der belgischen Zone 140, also zusammen 1607 Deutsche befinden.

Der Nachfolger Kollerts in Berlin. Dem Berichterstatter des „Journal“ zufolge, wird der französische Votschafter in Berlin, de Margerie, zur Fühlungnahme mit der neuen französischen Regierung heute nach Paris abreisen. Nach dem Korrespondenzen soll de Margerie als Nachfolger des französischen Votschafters in Rom, Varrere, in Frage kommen. Als Nachfolger des zum Kriegsminister ernannten Generals Kollert von der Internationalen Militärkontrollkommission wird dem Berichterstatter zufolge General Dupont ernannt werden.

Griechische Handelskammern in Deutschland. Unter Mitwirkung des griechischen Gesandten in Berlin ist eine griechische Handelskammer gegründet worden. Diese wird in Hamburg, Dresden, Leipzig und Köln Zweigniederlassungen gründen.

Außenverhaftungen zum Seipelattentat. Die Wiener Polizei verhaftete zwei Russen. Die Verhafteten haben gestanden, von dem Attentat auf Seipel gewußt zu haben. Der „Reichspost“ zufolge verdächtigen sich die Beweise, daß das Attentat ein kommunistisches Komplott gewesen ist.

Die dänische Regierung erkennt die russische Sowjetregierung an. Das dänische Ministerium des Äußeren gibt bekannt: Am 18. Juni hat die dänische Regierung die Regierung des Verbandes der Sozialistischen Räterepubliken (S. S. R.) de jure anerkannt und im übrigen erklärt, sie sei infolgedessen der Ansicht, daß die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgenommen werden müssen.

Bruch Englands mit Mexiko? Nach Londoner Meldungen steht der Abbruch der Beziehungen zwischen England und Mexiko unmittelbar bevor, nachdem der gestrige Ministerrat unter Vorsitz MacDonalds die von der mexikanischen Regierung erhobenen Anklagen gegen den englischen Geschäftsträger Cummins als unbegründet zurückgewiesen hat und Cummins den Auftrag gegeben hat, Mexiko zu verlassen. Der englische Gesandte Dohler geht nicht mehr nach Mexiko.

Bergarbeiterfragen im Sächsischen Landtag.

Für die erste Sitzung nach den Ferien war eine Tagesordnung von 21 Punkten vorgelesen, die in der Hauptsache Kapitel des Haushaltplanes betrafen. Die Tribünen waren sehr stark, vorwiegend von Bergarbeitern besetzt, weil auch die kommunistischen Anträge über die Bergarbeiterausperrungen zur Verhandlung standen. Ueber diese berichtet der Abg. Granz (Komm.), greift die sozialdemokratische Fraktion und die Regierung stark an. Er vertritt nochmals den von seiner Partei im Ausschuß gestellten Minderheitsantrag, der folgende Forderungen enthält:

1. Die Regierung wird beauftragt, zur Unterstützung der ausgeperrten und streikenden Bergarbeiter den zuständigen Gemeinden eine Summe von 1 Million Mark zur Verfügung zu stellen. Diese Gelder sind unter Kontrolle der am Kampfe beteiligten Organisationen zu Verteilung zu bringen.
2. Die Arbeitszeit im sächsischen Schlenbergwerk Bauernode beträgt unter Tage 7 über Tage 8 Stunden. Die Löhne werden im Einverständnis mit der Arbeiterschaft in der von dieser beantragten Höhe festgesetzt. Maßregelungen dürfen auf Anlaß des Kampfes nicht stattfinden.
3. Die Regierung wird beauftragt, a) alle Bergbaubetriebe, die sich in den Händen Privater befinden, zu beschlagnahmen, b) durch Bewilligung der Forderungen der Arbeiter auch in diesen Betrieben dafür zu sorgen, daß die Produktion sofort wieder aufgenommen wird.

Ministerpräsident Heide gibt namens der Regierung eine Erklärung ab, in der er zunächst die schon bekannten Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks bis zur Fällung des letzten Schiedsspruches rekapituliert. Er teilt dann weiter mit, daß der sächsische Regierung aus Reichsmitteln 1 Million Mark zur Unterstützung der Familien der streikenden Bergarbeiter zur Verfügung gestellt und daß diese Gelder an die Gemeinden zur Verteilung weitergegeben worden seien. Die sächsische Regierung habe ihrerseits alles getan, die Streitigkeiten beizulegen und die durch den Streik entstandene Not nach ihren Kräften zu lindern.

(Abg. Böttcher (Komm.) ruft dem Ministerpräsidenten zu: Sie sind ein treuer Knecht des bergbaulichen Vereins.)

Abg. Dr. Erdt (Dn.) weist die gegen die Arbeitgeber zu Unrecht erhobenen Vorwürfe zurück. Ein großer Teil der Belegschaft wäre zunächst bereit gewesen, wieder zu arbeiten, wenn sie sich nicht vor dem Terror der Streikenden fürchteten und die Gemeinden nicht die Unterstühtungen gewährten, die eine einseitige Parteinahme im Kampf bedeuteten und die geschwächt seien. Die Folgen des Streiks würden sich noch lange bemerkbar machen, nicht nur für die Arbeiter selbst, sondern auch für die Werke und deren Absatz.

Abg. Graupe (Soz.) sagt den Kommunisten, ihr Wunsch, die Streiks zu beenden, sei nur eine Bestie denn sie versuchten, auch noch andere Arbeitergruppen in den Kampf hineinzuziehen.

Abg. Siwert (Komm.) fordert die auf den Tribünen anwesenden Bergarbeiter auf, seine Angaben über die Schichtlöhne zu bestätigen. Als Tribünenbesucher darauf eingehen, wiederholt der Präsident seine Drohung deräumung der Tribüne und ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Drescher (Soz.) wirft den Kommunisten vor, daß sie nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern auch die Gewerkschaften zertrümmern wollten; sie arbeiteten auch systematisch daran, die Arbeiter nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Die Mehrheitsanträge finden hierauf gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme.

Als Präsident Winkel erklärt, damit sei dieser Punkt erledigt, ruft Abg. Siwert: Und die Bergarbeiter sind verraten worden! Ein Teil der Tribünenbesucher verursacht großen Lärm und ruft wiederholt: „Psst!“

Präsident Winkel bemerkt: Wir werden uns um diese bestellte Arbeit der Kommunisten nicht kümmern, sondern in der Erledigung unserer Tagesordnung fortfahren. Hierauf leeren sich die Tribünen sehr geräuschvoll.

Schließlich findet der Antrag des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Beamtenpolitik der Regierung betreffend den Amtshauptmann Dr. Siwert-Weiß einstimmig Annahme, da die Angelegenheit durch die Wiedereinstellung Dr. Siwert bereits erledigt ist. Der Entwurf eines Reisekostengesetzes für Staatsbeamte findet in der Fassung des Ausschusses Annahme.

Rummehr erfolgt die Verabschiedung einer großen Anzahl Kapitel des Staatshaushalts. Die Annahme erfolgt meist ohne Aussprache gemäß den Ausschlußanträgen. Zu der Auflösung der vormaligen Dispositionen haben die Kommunisten folgenden Minderheitsantrag eingebracht: „Die Auflösung ist bis 1. August zu beenden. Alle mit Aufwandsarbeiten betrauten Beamten und Bediensteten sind abzubauen. Soweit ein Bedürfnis vorliegt, können die abgebauten Beamten und Bediensteten in den Staatsdienst übernommen werden.“ Der Minderheitsantrag wird einstimmig abgelehnt, da keine Kommunisten im Saale anwesend sind. Der Präsident stellt die einstimmige Ablehnung unter klärrischer Heiterkeit des Hauses fest. Auf eine Anfrage des Abg. Bräuner (Dn.) wegen

Aufwertung der Altersrenten

teilt Finanzminister Dr. Reinhold u. a. folgendes mit: Der Regierung sei die Not der Altersrentner seit langem bekannt. In welcher Weise die Versicherungsansprüche ausgewertet würden, und in welcher Weise die Regelung erfolgt, d. h. ob Rentenschulda oder Kapitalabschuldung sei heute noch nicht zu übersehen. Es müsse leider aber schon gesagt werden, daß wenn die Aufwertung nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen erfolge nur geringfügige Beträge herauskommen würden. Wenn die zahlenmäßigen Unterlagen vorliegen, würde die Regierung zu der Frage Stellung nehmen, ob der Staat einen Beitrag zur Verfügung stelle. Das Finanzministerium wolle angesichts der Notlage der Rentner eine mäßige prozentuale Aufwertung der Altersrenten unter Festsetzung eines Mindestrentenbetrags in Vorschlag bringen.

Von Stadt und Land.

Frei, 20. Juni.

Die Mietsteuer in Sachsen. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat die Regierung jetzt dem Landtag den von ihm gewünschten Gesetzentwurf über die Mietsteuer vorgelegt, der den schönen Namen erhalten hat: „Entwurf eines Gesetzes über den Wertverhältnisausgleich bei bebauten Grundstücken“. In allen wesentlichen Punkten entspricht der Entwurf der bekannten vom Landtag schon genehmigten Notverordnung, nur ist der Steuersatz von 5 auf 10 Prozent erhöht worden, wie schon im Haushaltsplan angekündigt war.

Sächsischer Lebenshaltungszweck. Nach den Preisfeststellungen vom 18. Juni 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes der Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung): 1,141 Billionen. Gesamtindex ohne Bekleidung: 1,089 Billionen. Am 11. Juni 1924 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 1,188 Billionen und ohne Bekleidungskosten 1,085 Billionen. Vom 11. bis 18. Juni 1924 sind mithin die Preise der bei der Teuerungstatistik berücksichtigten Güter um 0,8 bzw. 0,4 v. H. gestiegen.

Die Schließung der ältesten deutschen Bergschule. Am 12. Juli wird die 1777 gegründete erste deutsche Bergschule in Freiberg in Sachsen, die wohl als älteste Fachschule Deutschlands — vielleicht der ganzen Welt — gelten darf, nach einer 147jährigen segensreichen Tätigkeit geschlossen, weil der dortige Erzküchler fast ganz erloschen ist. Die ehemaligen Schüler dieser Anstalt wollen diesen Tag dadurch würdig begehen, indem sie sich am 12. Juli nach einmal in Freiberg zusammenfinden, um ihrer Lehranstalt den letzten